



**Stadtrat**

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 10. Mai 2001

Nr. 0586

---

Motionenbericht

**Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate**

**a) Motionen**

**1 Reglement über den Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz**

erheblich erklärt am 29. August 2000

Der Stadtrat wird beauftragt, ein Reglement über den Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz auszuarbeiten. Dieses soll namentlich Regelungen zu folgenden Punkten enthalten:

- eine Definition sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
- die Deklaration der umfassenden Informationspflicht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- eine Verpflichtung zur Aus- und Weiterbildung der Angestellten, insbesondere der Vorgesetzten
- ein informelles und formelles Verfahren für die Betroffenen
- eine Beschwerdekommision, der beide Geschlechter angehören
- ein Einsichtsrecht in die Unterlagen der Beschwerdekommision für die Betroffenen (soweit nach kantonalem Recht möglich)
- Regelung der Sanktionen (soweit nach kantonalem Recht möglich)

*Die Motion wird bearbeitet.*

**2 Revision Polizeireglement**

erheblich erklärt am 26. September 2000

Der Stadtrat wird beauftragt, das 1964 erlassene Polizeireglement einer Gesamtrevision zu unterziehen.

*Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Gesamtrevision des Polizeireglementes sind im Gange.*



### **3 Neuer Teilplan Verkehr**

erheblich erklärt am 3. April 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er einen neuen Teilplan Verkehr nach den heutigen Anforderungen und künftigen Entwicklungen realisieren will.

*Der Stadtrat hat in seinen Ausführungen zur Erheblicherklärung dieser Motion im April 2001 dargelegt, dass die Erarbeitung des Teilplanes Verkehr umfangreiche Vorarbeiten beinhaltet und in die grösseren Zusammenhänge der gesamten Siedlungsplanung eingebettet werden soll. Diese Arbeiten sind im Gange.*

### **b) Motionen von Kommissionen**

#### **4 Zonenplaneinteilung des Gebietes Burgweiher**

erheblich erklärt am 5. September 1995

Der Stadtrat wird beauftragt, die Zonenplaneinteilung des Gebietes Burgweiher im Zusammenhang mit den erforderlichen Sanierungsmassnahmen für dieses Gebiet zu prüfen und dem Grossen Gemeinderat Bericht und Antrag zu erstatten.

*Die Motion wurde von der seinerzeitigen Spezialkommission für die (erste) Vorberatung von Bauordnung und Zonenplan eingereicht. Mit der Einzonung und Überbauung eines Randgebietes entlang der Burgstrasse soll die Sanierung der schützenswerten Burgweiher und deren Umgebung finanziert werden. Die grundsätzliche Zuteilung des übrigen Burgweiherareales in die Grünzone bleibt unverändert.*

*Die Einzonung in die zweigeschossige Wohnzone entlang der Burgstrasse ist im Rahmen der Zonenplanrevision vorbereitet und öffentlich aufgelegt, nicht aber vom Grossen Gemeinderat behandelt und beschlossen worden. Sie soll zusammen mit der Schutzverordnung über die Burgweiherlandschaft dem Rat vorgelegt werden. Der Entwurf für diese Schutzverordnung liegt vor, das entsprechende Verfahren mit der öffentlichen Auflage als erster Schritt steht bevor.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

### **c) Postulate**

#### **5 Aufwertung der Poststrasse**

erheblich erklärt am 18. Juni 1996



Der Stadtrat wird beauftragt, die bauliche Umgestaltung der Poststrasse in eine attraktive, fussgängerfreundliche Allee zu prüfen und darüber dem Grossen Gemeinderat Bericht und Antrag zu erstatten.

*Der Bericht wurde dem Parlament zugeleitet.*

## **6 Baumpflanzungen an Strassen des übergeordneten Strassennetzes**

erheblich erklärt in der Form eines Postulates am 18. Juni 1996 in folgendem abgeänderten Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, in welcher Weise Verbesserungen der Strassenraumgestaltung, insbesondere Baumpflanzungen, im übergeordneten Strassennetz realisiert werden können.

*Betroffen sind vor allem Staatsstrassen. Bei der letztjährigen Berichterstattung wurde mehrfach ausgeführt, dass dem Kanton konkrete Vorschläge für Baumpflanzungen eingereicht wurden. Bisher sind trotz dem Engagement der Stadt solche Massnahmen in den Staatsstrassenprogrammen nicht berücksichtigt worden. Im Zusammenhang mit dem Initiativbegehren "Strassen zum Leben" haben nochmalige Gespräche mit dem Kanton stattgefunden. Die Antwort des Kantons zu den Forderungen des Initiativbegehrens betrifft auch das vorliegende Postulat. Der Stadtrat orientiert den Grossen Gemeinderat über die kantonale Haltung und das weitere Vorgehen in seiner Vorlage zum Initiativbegehren, auf die hier verwiesen wird.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

## **7 Prozessorientiertes Qualitätsmanagementssystem und wirkungsorientierte Verwaltungsführung**

erheblich erklärt am 22. April 1997 in folgendem Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten über die in Zusammenhang mit der Diskussion um die "Wirkungsorientierte Verwaltungsführung" bereits getroffenen und geplanten Massnahmen, welche zur Sicherung einer angepassten Qualität der Verwaltungsleistungen und zu einer Leistungssteigerung der Verwaltung beitragen.

*Der Bericht wird noch vor den Sommerferien dem Parlament zugeleitet.*



## **8 Aufwertung und Neugestaltung Bahnhofplatz**

erheblich erklärt am 27. Mai 1997

Die Bauverwaltung wird beauftragt zu prüfen und Bericht sowie allenfalls Antrag zu erstatten, durch welche Massnahmen eine Aufwertung und Neugestaltung des gesamten Bahnhofplatzes erreicht werden kann. Dabei ist insbesondere die Durchführung eines Ideenwettbewerbes zu prüfen, und es sind gleichzeitig Sofortmassnahmen aufzuzeigen.

*Die möglichen Massnahmen und städtebauliche, verkehrliche, organisatorische und andere Rahmenbedingungen wurden mit den verschiedensten betroffenen und interessierten Kreisen diskutiert. Es zeigt sich, dass der Handlungsspielraum für kurzfristig realisierbare Massnahmen eng ist. Eigentliche und grundlegende Verbesserungen im Sinne des Postulates lassen sich nur mittel- oder längerfristig erreichen. Zusammenhänge bestehen namentlich mit dem Projekt Bahnhofplatz Nord, der Parkplatzsituation beim jetzigen Bahnhofplatz und mit den Entwicklungen im öffentlichen Verkehr. Ein Entwurf für einen Postulatsbericht ist erstellt und soll demnächst vorgelegt werden.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

## **9 Zivilschutz**

erheblich erklärt am 17. Juni 1997 in der Form eines Postulates in folgendem abgeänderten Wortlaut:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Organisation des Zivilschutzes grundlegend zu überprüfen und Bericht zu erstatten, wie diese zweckmässig und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Auflagen reorganisiert werden kann.

Dabei sollen auch die zukünftigen räumlichen und technischen Bedürfnisse und Ausrüstungen neu abgeklärt werden, unter Einbezug von möglichen Synergien mit ähnlichen Organisationen und zivilen Firmen (Feuerwehr, Armee, Rotes Kreuz, Zivile Spitäler, Samaritervereine, Baufirmen, Helifirmen usw.).

*Mit dem vom Bund eingeleiteten Reformprojekt „Bevölkerungsschutz 200X“ soll der Zivilschutz vermehrt auf die Bewältigung von natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen ausgerichtet werden. Nachdem sich die Konturen dieser auf Anfang 2003 geplanten Reform inzwischen abzeichnen, kann dieses Postulat demnächst beantwortet werden.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.



**10 Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung neuer Stellen; Teilrevision des Personalreglementes**

erheblich erklärt in der Form eines Postulates am 18. November 1997 in folgendem abgeänderten Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, die Erweiterung der organisatorischen, führungsmässigen und allenfalls rechtlichen Voraussetzungen für beschäftigungswirksame, kostenneutrale Arbeitszeitmodelle zu prüfen, deren Umsetzung zu fördern und dem Grossen Gemeinderat Bericht zu erstatten.

*Der Bericht wurde dem Parlament zugeleitet.*

**11 Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes**

erheblich erklärt am 19. Mai 1998

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und Stellung zu nehmen sowie allenfalls ein Konzept auszuarbeiten, wie der Marktplatz, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes, besser genutzt und neu gestaltet werden kann.

*Mit dem Marktkonzept 2000 ist ein erster Schritt im Sinne des Postulates realisiert und die Situation für den Markt wesentlich verbessert worden. Die neue Marktsituation hat positiven Anklang gefunden. Gegenwärtig ist nun ein Wettbewerbsverfahren im Gange, das Vorschläge für die dringend notwendigen Ersatzlösungen für die festen Marktstände sowie auch Ideen für weitere Gestaltungsmöglichkeiten, auch im Bereich des Blumenmarktes und des gesamten Marktplatzes bringen soll. Der Grosse Gemeinderat wird sodann über den Kredit für den Ersatz der festen Marktstände entscheiden können; in diesem Zusammenhang wird auch das weitere Vorgehen dargelegt werden.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

**12 Nutzungsmöglichkeiten unter dem Waaghaus**

erheblich erklärt am 23. Februar 1999

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten, wie der Raum unter dem Waaghaus instand gestellt und ganzjährig besser genutzt werden kann.

*Aufgrund der verschiedenen Rahmenbedingungen (z.B. Denkmalschutz mit Auflagen des Bundes) und der eingeschränkten Attraktivität für bestimmte Nutzungen ist eine ganzjährige Nutzung im Sinne des Postulates schwierig zu realisieren. Im Rahmen des laufenden Unterhaltes werden hingegen ständig Verbesserungen vorgenommen,*



*so im Bereich Hygiene und Sicherheit. Die Zahl der Veranstaltungen, Feste etc. in der offenen Halle wird soweit möglich intensiviert. Studien sind zur Zeit auch im Gange zur besseren Gestaltung und Attraktivitätssteigerung der Unterführung Brühltor; dabei werden auch Ideen für den Einbezug des Erdgeschosses des Waaghauses mitberücksichtigt.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

### **13 Lehrermord im Engelwies: Und danach? Integration in der Oberstufe – Quo vadis?**

erheblich erklärt am 23. März 1999

Der Stadtrat wird eingeladen, in enger Zusammenarbeit mit der betroffenen Lehrerschaft einen Bericht über die Situation an den städtischen Schulhäusern zu erarbeiten, Massnahmen abzuleiten und dem Gemeinderat gegebenenfalls Anträge zu stellen.

*Der kantonale Bericht „Interkulturelles Zusammenleben“ ist vom Grossen Rat in der Februarsession 2001 verabschiedet worden. Einzelne der vorgeschlagenen Massnahmen haben direkte Auswirkungen auf die Situation in den Schulen. Ebenso werden Massnahmen des Integrationskonzeptes der Stadt St.Gallen die Schulen beeinflussen. Für die Weiterentwicklung schulischer Konzepte zur Integration ist es unabdingbar, Kenntnis über die beschlossenen Integrationsmassnahmen auf kantonaler wie auch auf städtischer Ebene zu haben, um so einzelne Massnahmen aufeinander abstimmen zu können. Das Postulat wird in diesem Sinne bearbeitet.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

### **14 Unterstützung für Lehrbetriebe**

erheblich erklärt am 18. Mai 1999

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, wie er die Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen allgemein und die Kriterien nach Artikel 34 hinsichtlich der Lehrlingsausbildung im Besonderen anwendet sowie allenfalls Antrag zu stellen, wie er künftig, eventuell in einem ergänzenden Reglement, bei der Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen Betriebe, die Lehrtöchter und Lehrlinge ausbilden, besonders berücksichtigen will.

*Der Bericht wurde dem Parlament zugeleitet.*



## **15 Kulturplatz am Stadtpark**

erheblich erklärt am 22. Juni 1999 in der Form eines Postulates mit folgendem abgeänderten Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die verkehrliche Situation im Museumsquartier als Wohn- und Kulturgebiet verbessert werden kann. Zu prüfen ist namentlich eine neue Ausfahrt (und eventuell auch Einfahrt) der Brühltor-Garage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes. Die entsprechenden Kosten sollen von der Parkgarage AG und der Stadt bzw. der Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser anteilmässig getragen werden.

*Die Frage einer neuen Ausfahrt und evtl. Einfahrt der Brühltorgarage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes, die Varianten für eine solche Lösung mit den entsprechenden Kosten und auch der Kostenteiler zwischen Parkgarage AG und Stadt werden geprüft. Zusammenhänge bestehen auch mit anderen Vorhaben in diesem Gebiet, vor allem der Erweiterung des Museums.*

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

## **16 Ausmass und Abgeltung zentralörtlicher Leistungen**

erheblich erklärt am 14. September 1999 in folgender abgeänderter Form:

Der Stadtrat wird beauftragt, über sämtliche zentralörtlichen Leistungen der Stadt und ihr finanzielles Ausmass Bericht zu erstatten und Wege aufzuzeigen, wie das städtische Gemeinwesen in den nächsten Jahren einen gerechten Lastenausgleich erreichen kann.

*Die Studie zur Ermittlung der zentralörtlichen Leistungen ist abgeschlossen. Erste Gespräche mit dem Kanton haben stattgefunden und es ist vorgesehen, dem Parlament noch dieses Jahr Bericht zu erstatten.*

## **17 Städtisches Kulturkonzept**

erheblich erklärt am 26. Oktober 1999

Der Stadtrat wird prüfen, inwieweit die im Postulat genannten Anliegen (aktuelle und zukunftsorientierte Schwerpunktsetzungen, die Definition des städtischen Engagements in den Bereichen Kulturpflege, Kulturvermittlung und Kulturförderung, Leistungsvereinbarungen) innerhalb des gewünschten Berichts in genügender Weise berücksichtigt werden können, oder ob dafür ein umfassendes Kulturkonzept notwendig ist. Dabei soll der damit verbundene Verwaltungsaufwand in einem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen stehen.



*Die Arbeiten am Kulturbericht sind weit gediehen. Der Bericht soll noch in diesem Jahr dem Grossen Gemeinderat zugestellt werden.*

## **18 Wirtschaftsförderung: Neuorganisation und neue Schwerpunkte**

erheblich erklärt am 16. November 1999 in folgendem geänderten Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, über eine allfällige Neuorganisation der Wirtschaftsförderung Bericht zu erstatten. Dabei sind insbesondere die Trägerschaft, namentlich die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Region, die zu fördernden Wirtschaftsbranchen sowie die inhaltlichen Schwerpunkte zu überprüfen und es ist die Frage des Wohnortmarketings miteinzubeziehen.

*Der Stadtrat hat aufgrund des obigen Postulates bei der OBT St.Gallen ein Gutachten über eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Auftrag gegeben. Das Gutachten, das in enger Fühlungnahme mit Vertretern der städtischen Wirtschaft und weiteren Beteiligten aus Stadt und Kanton entstanden ist, liegt mittlerweile vor. Ein zentrales Ergebnis der Expertise ist, dass unabhängig von der zukünftigen Ausgestaltung der städtischen Wirtschaftsförderung weiterhin eine verwaltungsinterne Anlaufstelle notwendig ist. Gestützt auf das Gutachten haben Gespräche zwischen Stadtrat und Vertretern der städtischen Wirtschaftsverbände stattgefunden. Die Gesprächspartner waren übereinstimmend der Auffassung, dass sich ein Nachfolger bzw. eine Nachfolgerin des per Ende Dezember 2000 krankheitsbedingt aus der Stadtverwaltung ausgeschiedenen Stelleninhabers mit der im Postulat aufgeworfenen Thematik befassen müsse. Die Stelle ist mittlerweile mit Stellenantritt am 1. August 2001 neu besetzt worden. Für die Formulierung der strategischen Ausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderung ist darüber hinaus die Einrichtung einer Projektorganisation vorgesehen, in welche die städtische Wirtschaft in geeigneter Weise eingebunden ist.*

## **19 Behindertengerechtes Bauen in der Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 14. März 2000 in folgendem Wortlaut:

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie die Stadtverwaltung in naher Zukunft ihre Pflicht, Verantwortung und Kontrolle bezüglich behindertengerechten Bauens, in Kooperation mit den zuständigen Hilfsorganisationen, nachhaltig umsetzen kann.

*Das Anliegen des Postulates wird im Sinne eines Dauerauftrages bei allen Projekten der Stadt, aber auch bei privaten Bauvorhaben berücksichtigt. Eine gesamthafte Auflistung und Darstellung der möglichen Massnahmen und deren Realisierung wird bei der Beantwortung des Postulates dem Grossen Gemeinderat unterbreitet werden.*





**20 Wildnispark Goldacher Tobel**

erheblich erklärt am 4. April 2000

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

*Die Schutzverordnung bedingt grössere Vorbereitungsarbeiten, so z.B. die Definition des Verordnungssperimeters, eine Inventarisierung der Landschafts- und der Schutzobjekte, die Auswertung der Erfahrungen mit anderen Schutzverordnungen der jüngsten Zeit, so vor allem der Sitter- und Wattbachlandschaft etc.. Diese Arbeiten sind im Gange.*

**21 Gewalt ist nicht Privatsache**

erheblich erklärt am 20. Juni 2000

Im Sinne einer umfassenden Generalprävention und einer Erweiterung der bestehenden Interventionsmöglichkeiten wird der Stadtrat beauftragt, Möglichkeiten einer wirksamen Gewaltintervention in Familien zu prüfen und Bericht über mögliche Massnahmen zu erstatten.

*Die Bearbeitung dieses Postulates ist im Gange.*

**22 Freiwillige Tagesschulen / Tageskindergarten, ein attraktives städtische Angebot**

erheblich erklärt am 26. September 2000 in der Form eines Postulates

Der Stadtrat wird beauftragt, auf der Basis des Grundkonzeptes „Ausserfamiliäre Betreuung im Schulaltersbereich“ die Errichtung von Tagesschulen und Tageskindergärten in der Stadt unter Berücksichtigung der kantonalen Entwicklung und Vorgaben zu prüfen und dazu Antrag zu stellen.

*Das Postulat ist in Bearbeitung.*

**23 Familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter: Ausbau des Angebotes**

erheblich erklärt am 16. Januar 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er das Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern im Vorschulalter rasch und bedarfsgerecht ausbauen will.

*Die Prioritätensetzung im Bereich der familienergänzenden Betreuung von Kindern im Vorschulalter sieht folgendermassen aus:*



1. *Neuregelung der Subventionierung der bereits unterstützten Kinderkrippen*
2. *Analyse und Vorschläge bezüglich eines raschen und bedarfsgerechten Ausbaus des Angebotes an familienergänzender Betreuung in der Stadt St.Gallen.*

## **24 Erweiterung der Elternrechte an den städtischen Schulen**

erheblich erklärt am 13. März 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und evtl. Antrag zu stellen, ob und wie die Mitwirkung der Eltern an den städtischen Schulen sämtlicher Stufen verbessert werden kann und welche institutionellen Veränderungen dazu allenfalls notwendig sind.

*Das Postulat ist in Bearbeitung.*

### **Anträge:**

1. Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:

Nr. 4 Zonenplaneinteilung des Gebietes Burgweiher um ein Jahr

Nr. 6 Baumpflanzungen an Strassen des übergeordneten Strassennetzes um ein Jahr

Nr. 8 Aufwertung und Neugestaltung Bahnhofplatz um ein Jahr

Nr. 9 Zivilschutz um ein Jahr

Nr. 11 Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes, unter Einbezug des Taubenloches und Blumenmarktes um ein Jahr

Nr. 12 Nutzungsmöglichkeiten unter dem Waaghaus um ein Jahr

Nr. 13 Lehrermord im Engelwies: Und danach?;

Integration in der Oberstufe – Quo vadis? um ein Jahr

Nr. 15 Kulturplatz am Stadtpark um ein Jahr

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

